

Die Kommunen stehen vor tiefgreifenden Veränderungen, die sie bewältigen müssen. Dazu gehören die Folgen des demografischen Wandels, die Integration und das wachsende Interesse der Bürger an politischen Entscheidungswegen. Veränderungen stehen auch an durch den wachsenden Wettbewerb der Regionen im europäischen und globalen Kontext und den damit verbundenen Anforderungen an moderne Infrastrukturen.

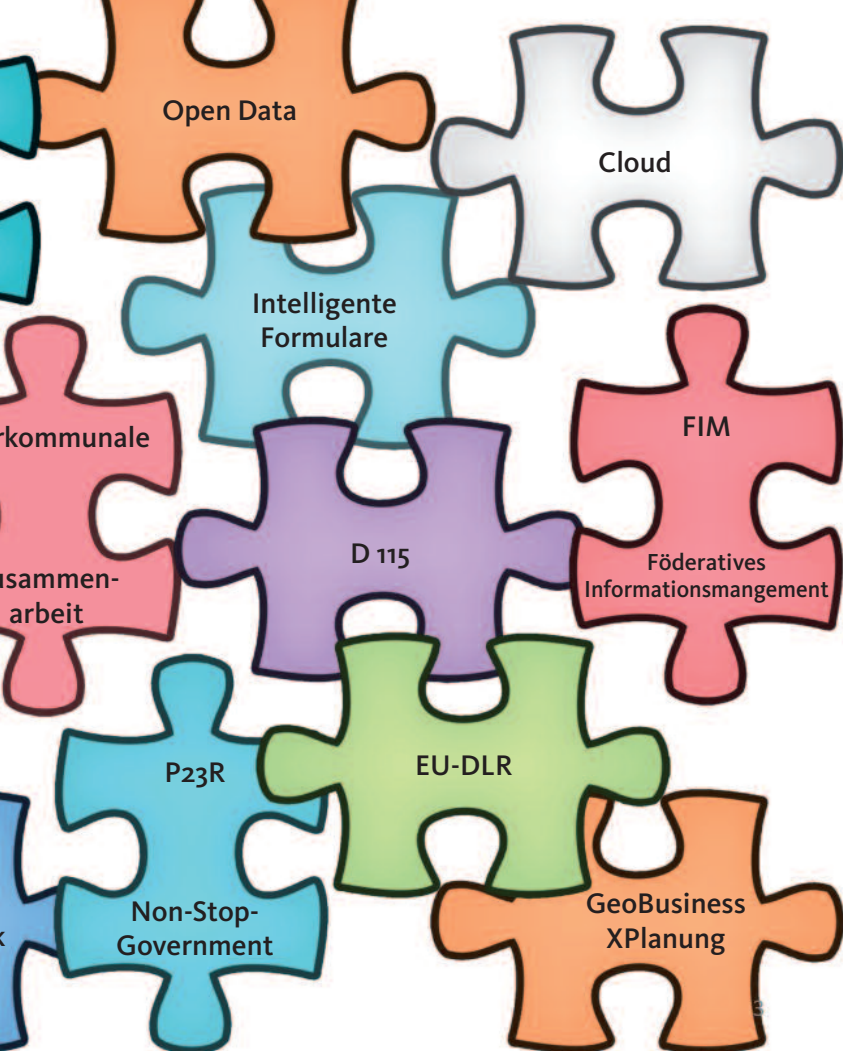


# Netzwerke intelligent optimieren

**D**ie gewohnten Lebensumstände von Bürgern und die Standortbedingungen von Unternehmen werden mit den gesellschaftlichen Veränderungen zunehmend in Frage gestellt. Und im Zeitalter des Internets und moderner Kommunikationstechnik nimmt die Auseinandersetzung mit „Mutbürgern“ neue Formen an.

Bei der praktischen Bewältigung der Herausforderungen und der Gestaltung und Umsetzung neuer Lösungen sind Kommunen zunehmend gefordert – mehr als die Länder bzw. der Bund, denn über 90 Prozent der Kontakte zur Bürgerschaft und zu Unternehmen bewältigt die Kommunale Verwaltung!

Gerade im kommunalen Kontext werden die Probleme, die mit den neuen Herausforderungen verbunden sind, politisch und verwaltungstechnisch unmittelbar sichtbar. Die Modernisierung unseres Landes hängt deshalb mehr denn je von einer optimierten Zusammenarbeit zwischen kommunaler Verwaltung und ehrenamtlichen Vertretungskörperschaften, den Räten und Kreistagen ab. Immer stärker wird deshalb der Ruf nach interkommunaler und



ebenenübergreifender Zusammenarbeit zwischen Kommunen, Ländern und Bund.

Während Unternehmen mit ihren elektronisch gesteuerten Wertschöpfungsketten heute regional und global interagieren und immer mehr Bürger mit Hilfe von E-Mails und sozialen Netzwerken ihr privates und berufliches Leben organisieren, tun sich staatliche und kommunale Verwaltungen nach wie vor schwer, ebenen- oder abteilungsübergreifend die Effizienzgewinne zu nutzen, die mit den neuen Kommunikationstechniken möglich sind.

Immerhin, eine Vielzahl von Kommunen engagieren sich bereits als Schrittmacher und zeigen mit elektronischen Services den Weg in die Zukunft auf. Dabei unterscheiden Kommunikationsexperten drei unterschiedliche Zielsetzungen:

- I. Informations- und Partizipations-Services für Bürger und Bürgerinnen, mit deren Hilfe zugleich das „soziale Kapital“ einer Kommune erschlossen werden kann
- II. E-Services für Unternehmen, um den Dialog mit verschiedenen Fachverwaltungen zu erleichtern und zu qualifizieren
- III. Kooperative Services für die verwaltungsinterne bzw. kommunale Kommunikation, um die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung zu befördern (z. B. durch Ratsinformationssysteme), um die Arbeit der Dezernate ebenenübergreifend zu erleichtern und zu verbessern und um interkommunale Zusammenarbeit zu ermöglichen.

## I. Transparenz schafft Wissen für den Bürger

Mit dem Service D 115 gehören die deutschen Kommunen zu den Spitzenreitern in Europa, wie das Potsdamer eGovernment Competence Center IFG.CC mit der Studie „Einheitliche Behördenrufnummern in der Europäischen Union“ festgestellt hat. Ob Termine beim Standesamt, Fragen zu Bildungsangeboten oder zu akuten Fragen zum Verbraucherschutz – unter der Rufnummer 115 wird Auskunft erteilt, unabhängig davon, welche der drei Verwaltungsebenen betroffen ist.

Mit der Kooperationsplattform „MeinService“ geht die Stadt Stuttgart noch einen Innovations-schritt weiter. Seit Inbetriebnahme Ende 2008 haben sich 1730 Vertreter von Vereinen, Non-Profit-Organisationen und Unternehmen registrieren lassen. Über diese liefern sie Daten über ihre Einrichtungen und deren Angebote, stellen (Förder-)Anträge, nehmen an Genehmigungsverfahren teil, informieren über Veranstaltungen, bieten oder suchen ehrenamtliche Tätigkeiten.

Über diese Kooperationsplattform rückt jetzt stärker ins Bewusstsein, dass z. B. eine Kirchengemeinde gleichzeitig Trägerin eines Seniorenwohnheims ist, Kindertageseinrichtungen betreibt, Ferienangebote für Kinder bereitstellt, kulturell über Chöre aktiv ist, Freiwilligen ehrenamtliche Tätigkeiten ermöglicht oder Anbieterin von Veranstaltungsräumen ist. Die ganzheitliche Sicht auf Organisationen und Vereine schafft die erforderliche Informationsqualität, um das „soziale Kapital“ einer Kommune zu erschließen und mit Hilfe moderner Kommunikationstechnik zu kommunalen Wertschöpfungsnetzen zu verbinden.

Der Erfolg der Stuttgarter Kooperationsplattform macht bereits die neuen Chancen deutlich, die sich für kommunale Einrichtungen mit dem Internet ergeben:

- Die Mitarbeiter der angeschlossenen Vereine erbringen derzeit laufende Leistungen für das Gemeinwesen in Höhe von 840 Stunden pro Monat. Dies entspricht einem rechnerischen Gegenwert von mehr als fünf Vollzeitstellen oder rund 250.000 Euro pro Jahr.
- Mit Online-Anträgen, die mit Gebühren verbunden sind und direkt über das Online-Bezahlungssystem abgewickelt werden, wurden seit 2008 abschließend 72.840 Anträge gestellt mit einem Gesamtgebührenvolumen von 878.000 Euro.

Freilich, die neuen Technologien sind auch mit Lernprozessen verbunden – beispielsweise bei „Bürgerhaushalten“: Im Gegensatz zu den ersten „Bürgerhaushalten“ steht nicht mehr das Ziel im Vordergrund, Bürger zu Haushaltsexperten machen zu wollen – stattdessen werden sie z. B. in Aachen und Essen, in Frankfurt und Gütersloh, in Köln und Solingen beratend einbezogen. Neben der Bewertung oder Eingabe von Vorschlägen zum Haushalt werden in Bürgerhaushalten die Bürger auch um Feedback zu Eckwerten, Leitlinien oder sonstigen Schwerpunktsetzungen in der Haushaltsplanung gebeten.

## II. E-Service verbindet für Wirtschaft und Verwaltung

Der Datenaustausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung hat eine ökonomisch relevante Dimension erreicht. Immer wieder müssen Unternehmen für verschiedenste Zwecke Firmen- oder Personaldaten an die Behörden übermitteln: Aufgrund nationaler Gesetze und Verordnungen bestehen aktuell knapp 10 000 Meldepflichten für Unternehmen, was zu jährlichen Bürokratiekosten von über 47 Milliarden Euro auf Seiten der Wirtschaft führt.

In der Modellregion Rhein-Neckar wird derzeit das ambitionierteste Projekt für den neuen elektronischen Dialog zwischen Verwaltung und Unternehmen vorbereitet: Der „Prozessdatenbeschleuniger P23R“ soll den Datenaustausch zu gesetzlichen Informations- und Meldepflichten zwischen Wirtschaft und Verwaltung einfacher, sicherer und transparenter gestalten und damit helfen, die Bürokratiekosten zu senken.

Die Pilotierung der P23R-Infrastruktur erfolgt ab Mitte 2011 in ausgewählten Unternehmen und Verwaltungen. Bis Ende 2011 soll die wesentliche Basis für die Bereitstellung medienbruchfreier Prozesse zwischen Wirtschaft und Verwaltung geschaffen werden. Zu den Unternehmen, die sich an diesem Projekt beteiligen, gehören unter anderem die BASF AG sowie die DATEV.

Wie schwerfällig sich der elektronische Austausch von Informationen zwischen kommunalen Verwaltungen und Unternehmen derzeit noch entwickelt, wird am Beispiel der elektronischen Vergabe deutlich. Die E-Vergabe könnte sowohl den Unternehmen als auch den Kommunen Kosten sparen und den Vergabeprozess sicherer und einfacher gestalten. Bisher wird dieses Instrument aber erst von 16 Prozent der Kommunen genutzt.



## III. Gute Kooperativen zahlen sich aus

Erhebliches Einsparungspotenzial entsteht durch kooperative Dienste von Kreisen und kreisangehörigen Kommunen. Zwei aktuelle Beispiele machen die Dimension deutlich, die mit interkommunalen Projekten verbunden sein können. Im Rahmen des Modellversuches „Vernetzte Verwaltung“ wurden vom Kreis Soest und dem Märkischen Kreis sowie den kreisangehörigen Städten Lippstadt und Soest die gemeinsame Abwicklung des Postein- und -ausganges für die „Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten“ und „Bearbeitung von Eingangsrechnungen“ in einem „Shared Service Center“ gebündelt. Die signifikantesten Einspareffekte ergaben sich durch die elektronische Aktenführung sowie den Wegfall von Rüst- und Transportzeiten und den reduzierten Aufwand für die Aktenpflege. Für die Bearbeitung von Posteingangsdokumenten bedeutet das beim Stückkostenvergleich ein Kostenvorteil von etwa 30 Prozent. Für alle Teilnehmer des Projektes ergibt sich damit alleine bei der Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten eine Einsparung von 270.000 Euro pro Haushaltsjahr. Wegen des Erfolgs ist eine Ausweitung der Lösung auf weitere Geschäftsprozesse der beteiligten Kommunen geplant.

In einer neuen Dimension planen die kreisangehörigen Städte Freudenberg und Wilnsdorf (Kreis Siegen-Wittgenstein) interkommunale Zusammenarbeit indem sie die Kernprozesse „Finanzbuchhaltung“ und „Personalverwaltung“ für einander erledigen. Da die Personaldecke im Wilnsdorfer Finanzbereich durch Altersteilzeit mittelfristig schrumpfen und zu einem Problem werden würde, entschieden die Stadträte beiderseits, ein Dienstleistungsverhältnis miteinander einzugehen.

Vor der Vertragsunterzeichnung hatten die Kämmerer beider Kommunen detaillierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen für ihren Standort erstellt und veröffentlicht. Für Wilnsdorf war damit offenkundig, dass die Aufgabenerledigung durch die Freudenberger Kollegen anfänglich einen kleineren fünfstelligen

gen Betrag und ab 2014 sogar hohe fünfstelligen Summen einspart. Für Freudenberg ergeben sich ab 2014 hochgerechnet sogar Einsparungen im unteren sechsstelligen Bereich.

### Netzwerken mit KOMMUNE 2.0

Um die neuen Chancen zu identifizieren und zu bewerten, mit denen Bürger und Wirtschaft gemeinsam mit Kommunen effizienter und partnerschaftlich zusammenarbeiten können und um die hierfür erforderlichen Szenarien zu entwickeln bzw. zu kommunizieren, haben der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund gemeinsam mit dem eGovernment-Labor des Fraunhofer Instituts FOKUS und dem Beratungsunternehmen MediaSystems die Initiative KOMMUNE 2.0 gestartet. Zu den Kompetenzpartnern von KOMMUNE 2.0 gehören – neben den oben erwähnten Kommune – unter anderem das Institute for eGovernment (IfGCC) in Potsdam, die Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD), die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), das Kommunale Rechenzentrum Minden-Ravensberg/Lippe sowie führende Unternehmen der IT-Industrie, die national bzw. international zu den Technologieführern gehören.

Die Kommunikations-Initiative KOMMUNE 2.0 verfolgt das Ziel, acht kommunale Innovationsszenarien im Rahmen von sogenannten Dezernats-Konferenzen zu folgenden Aufgabenbereichen zu erarbeiten: Bildung & Kultur, Bürgerservice & Ordnungsdienst, Gesundheit & Verbraucherschutz, Haushalt & Finanzen, Personal & Organisation, Soziales & Jugend, Umwelt & Planung, Wirtschaft & Verkehr.

Die Dezernats-Szenarien werden im Rahmen von fachbereichsübergreifenden KOMMUNE 2.0-Online-Kolloquien entwickelt und im Herbst in acht Dezernats-Konferenzen vorgestellt und diskutiert. Die Ergebnisse sollen die kommunalen Bedarfe praxisnah bestimmen. Die gewonnenen Erkenntnisse werden Bund und Länder über die kommunalen Spitzenverbände vermittelt. Sie sollen in nationale Vorhaben zur Zusammenarbeit in E-Government einfließen. ■

Franz-Reinhard Habel (Deutscher Städte- und Gemeindebund)

Dr. Kay Ruge (Deutscher Landkreistag)

Max R. Schulze-Vorberg (mediasystems-gmbh)

## INFO

### Föderative Synergie durch KOMMUNE 2.0

**KOMMUNE 2.0 greift bei der Entwicklung der E-Service-Szenarien unterschiedliche Erfahrungen und Projekterfahrungen von Kommunen, Ländern und Bund auf und moderiert die unterschiedlichen Interessen.**

#### Interessen auf Kommunalebene:

- Welche politischen Vorteile ergeben sich durch E-Services (z.B. durch die Einführung von „Bürgerhaushalten“)?
- Wie führen E-Services zu haushaltsrelevanten Einsparungen (insbesondere im Kontext zu neuen Personallösungen zur Bewältigung des demografischen Wandels)?
- Welcher Nutzen entsteht für die Verwaltungseffizienz? (z.B. in Bezug zur Reduzierung von Beratungsaufwendungen)
- Wie können sich Kommunen im Rahmen bestehender Organisationsformen mit Hilfe von E-Services individuell profilieren? (z.B. in der Wirtschaftsförderung)

#### Interessen auf Landesebene:

- Welche Modelle zur Unterstützung kommunaler E-Services-Infrastrukturen haben sich auf Länderebene bereits bewährt?
- Welche Modelle können übertragen werden?
- Welche kommunalen E-Services können durch „Föderatives Informationsmanagement“ auf der Landesebene vereinfacht werden?

#### Interessen auf Bundesebene:

- Welche E-Services zur kommunalen Aufgabenerledigung könnten bundeseinheitlich effizienter gestaltet werden?
- Wie tragen Projekte der Bundesregierung praxisrelevant zur Standardisierung von kommunalen Service-Infrastrukturen bei? (z.B. D115, FIM Plus, neuer Personalausweis, P23R Prozessdatenbeschleuniger, XPlanung)